



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Uli Henkel, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

Diskriminierung politischer Ansichten und Parteien in privaten Medien und Social-Media-Plattformen offenlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien einen Bericht in Auftrag zu geben.

Im Bericht soll untersucht werden, ob in Bayern tätige private Medien und Social-Media-Plattformen (digitale Medienintermediäre) bestimmte politische Ansichten und Parteien diskriminieren.¹

Insbesondere soll der Bericht prüfen, ob und in welchem Ausmaß in Bayern tätige private Medien und Social-Media-Plattformen (digitale Medienintermediäre) gegen § 59 Abs. 1 und 2 sowie § 94 Medienstaatsvertrag (MStV) verstoßen.

Der Bericht soll dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung in mündlicher und schriftlicher Form vorgelegt werden.

Begründung:

Der Nachrichtenmonitor der GöfaK Medienforschung zeigt, dass 2020 und 2019 in den Abendnachrichten von RTL, dem größten privaten Fernsehsender Deutschlands, die Parteivertreter wie folgt zu Wort kamen: Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 war die Union im Jahr 2020 um 108,6 Prozent überrepräsentiert, die SPD um 18 Prozent. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren um 33,7 Prozent, die FDP um 46 Prozent, die Linke um 75 Prozent und die AfD um 84,1 Prozent unterrepräsentiert. Im Jahr 2019 war die CDU/CSU um 71,6 Prozent überrepräsentiert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um 30,3 Prozent, die SPD um 35,1 Prozent. Die FDP war um 37,4 Prozent unterrepräsentiert, die Linke um 64,1 Prozent, die AfD um 69,0 Prozent.

In den Abendnachrichten von SAT1, dem zweitgrößten privaten Fernsehsender, war die Union um 100,7 Prozent überrepräsentiert, die SPD um 22,4 Prozent. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren um 18 Prozent unterrepräsentiert, die FDP um 41,1 Prozent, die Linke um 64,1 Prozent, die AfD um 86,5 Prozent. Im Jahr 2019 war die CDU/CSU um 73,5 Prozent überrepräsentiert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um 36 Prozent, die SPD um 25,9 Prozent. Die FDP war um 40,2 unterrepräsentiert, die Linke um 51,1 Prozent, die AfD um 75,4 Prozent.²

¹ Unter Verwendung der Definition der Antidiskriminierungsstelle des Bundes kann Diskriminierung durch die Medien aufgrund politischer Ansichten definiert werden als „eine Ungleichbehandlung aufgrund [einer politischen und sonstigen Anschauung] ohne einen rechtlichen Grund, der die Ungleichbehandlung rechtfertigt“.

² Maurer T. et al. (2021). Ergebnisse des Nachrichtenmonitors 2020. GöFaK. Im Vergleich zu den Ergebnissen der BTW 2017. Untersuchte Talkshows: Anne Will, maischberger. die woche, Hart aber fair, maybrit illner. URL: https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2021/2103_Maurer_Wagner_Weiss.pdf | Maurer T. et al. (2020). Ergebnisse des Nachrichtenmonitors 2019. GöFaK. Im Vergleich zu den Ergebnissen der BTW 2017. Untersuchte Talkshows:

Im Jahr 2020 verkündete Julian Reichelt, Chefredakteur der Bild Zeitung, die größte Tageszeitung Deutschlands und zum Medienkonzern Axel Springer SE gehörend, die offizielle Politik des Mediums, der AfD „keine Fläche und keine Reichweite zu bieten, [ihr] nicht ermöglichen, sich zu inszenieren“, sowie niemals mit den Parteivertretern „ein klassisches Interview zu führen“.³

Eine Umfrage des Pew Research Center von 2022 zeigt, dass 95 Prozent der konservativen US-Republikaner glauben, dass soziale Medien ihre politischen Ansichten zensurieren, nur 21 Prozent der linksliberalen Demokraten haben den gleichen Eindruck. 44 Prozent der Erwachsenen in den USA glauben, dass die großen Tech-Unternehmen linksliberale gegenüber konservativen Ansichten bevorzugen, nur 15 Prozent glauben, dass es umgekehrt ist.⁴

Im Mai 2022 bestätigte ein leitender Ingenieur von Twitter (7,8 Mio. aktive Nutzer in Deutschland), dass die Mitarbeiter der Social-Media-Plattform „eine starke linksgerichtete antikonservative Voreingenommenheit“ haben („commie as f...“), das Unternehmen „nicht an Meinungsfreiheit glaubt“ und „aktiv die politische Rechte zensuriert, aber nicht die Linke“.⁵

Im Jahr 2016 bestätigten zwei ehemalige Facebook-Mitarbeiter, dass die Social-Media-Plattform im Bereich „Trending News“ „regelmäßig konservative Nachrichten unterdrückt“ und das Unternehmen nicht als neutrale Plattform, sondern eher als klassische Redaktion agiere, mit einer deutlichen antikonservativen Ausrichtung.⁶

Aber Zensur wird nicht nur von US-amerikanischen Internetkonzernen praktiziert. Im Mai 2022 löschte die chinesische Video-App Tik-Tok ohne Anlass und Begründung den offiziellen Kanal der Alternative für Deutschland mit über 60 000 Followern.⁷

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Landtagswahl 2018 waren zwischen Juli 2021 und Juni 2022 auf der „Bayern Agenda“ des privaten Lokalsenders „München TV“ Vertreter der CSU zu 87 Prozent überrepräsentiert. Alle anderen Landtagsparteien waren unterrepräsentiert: die SPD mit 10,4 Prozent, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils mit 25 Prozent. Zu keinem Zeitpunkt war ein Politiker der FDP oder AfD eingeladen.⁸

Eine umfassende ökonometrische Studie von Kirkegaard et al. (2021) belegt eine eindeutig überwiegend linke politische Ausrichtung der deutschen Medien. Im Vergleich zur Gesamtwählerschaft bevorzugen deutsche Journalisten um die 20 bis 40 Prozent (je nach Bewertungsmethode) Parteien, die insgesamt eher linke Positionen vertreten und bestimmten Ideologien zugeordnet werden, nämlich Klimaschutz, Feminismus, Linksliberalismus, Sozialismus, und Unterstützung für die EU.⁹

Anne Will, maischberger. die woche, Hart aber fair, maybrit illner. URL: https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2020/0220_Maurer_Wagner_Weiss.pdf

³ JF (2020). „Bild“ verweigert AfD Interviews: „Es ist unfassbar“. URL: <https://jungfreiheit.de/kultur/m Medien/2020/bild-verweigert-afd-interviews-es-ist-unfassbar/>

⁴ Vogels E.A. (2022). Support for more regulation of tech companies has declined in U.S., especially among Republicans. Pew Research Center. URL: <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2022/05/13/support-for-more-regulation-of-tech-companies-has-declined-in-u-s-especially-among-republicans/>

⁵ Harriet A. (2022). ‚Twitter does not believe in free speech‘. Daily Mail. URL: <https://www.dailymail.co.uk/news/article-10823295/Twitter-does-not-believe-free-speech-Twitter-engineer-recorded-saying-censor-right.html>

⁶ Nunez M. (2016). Former Facebook Workers: We Routinely Suppressed Conservative News. Gizmodo. URL: <https://gizmodo.com/former-facebook-workers-we-routinely-suppressed-conservative-news-1775461006>

⁷ JF (2022). Tik Tok löscht AfD-Kanal. URL: <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2022/tiktok-loescht-afd-kanal/>

⁸ Berechnungen anhand von: München TV (2022). Bayern Agenda. Im Vergleich zu den Ergebnissen der LTW Bayern 2018. URL: <https://www.muenchen.tv/sendung/bayern-agenda/>

⁹ Kirkegaard, E. O. W. et al. (2021). The Left-liberal Skew of Western Media. Ulster Institute for Social Research, Journal of Psychological Research. URL: https://www.researchgate.net/publication/353756955_The_Left-liberal_Skew_of_Western_Media